

(Abg. Dpiz.)

(A) trag, den gegenwärtigen Antrag der Rechenschaftsdeputation zu überweisen, vorausgenommen wird.

Präsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abg. Hettner.

Abg. Hettner: Ich wollte mich dem Antrage anschließen, daß zunächst der Antrag auf Verweisung an die Rechenschaftsdeputation zur Abstimmung kommt und dann erst der Antrag Dpiz, wenn es auch an sich vielleicht geschäftsordnungsmäßig anders richtiger wäre.

Präsident: Meine Herren! Ich werde diesen Wünschen entsprechen. Streng nach der Geschäftsordnung müßte ich anders verfahren, aber die Kammer ist damit einverstanden, daß ich diesen Wünschen Rechnung trage? — Einstimmig.

Ich frage also zunächst — das ist ein rein geschäftsmäßiger Antrag —

ob die Kammer entsprechend dem Antrage des Herrn Abg. Dr. Dietel beschließen will, den Antrag Drucksache Nr. 21 der Rechenschaftsdeputation zu überweisen.

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

(B) Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Castan und Genossen, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Wahlen der Zweiten Ständekammer betreffend. (Drucksache Nr. 28.)

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Antragsteller Sekretär Fleißner das Wort.

Sekretär Fleißner: Meine Herren! Seit den bekannten Vorgängen des Landtags 1895/96 ist die sozialdemokratische Partei hier in diesem Hause das erste Mal wieder in der Lage, aus eigener Initiative einen derartigen Antrag einzubringen. Sie wissen ja, daß bereits vor zwei Jahren ein solcher Antrag vorlag, daß er damals aus Gründen, die zum Teil bei dem vorhergehenden Punkte der Tagesordnung mit erörtert worden sind, nicht zur Beratung kam. Wir erachteten uns, als wir vor zwei Jahren in größerer Zahl in die Zweite Kammer eintraten, für verpflichtet, in erster Linie einen derartigen Wahlrechtsantrag einzubringen, um damit zugleich zu zeigen, daß wir der Wahlrechtsfrage in Sachsen nach wie vor die allergrößte Bedeutung beilegen.

Die Forderung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechtes ist eine der wichtigsten des sozialdemokratischen Programms, und zwar ist sie eine Forderung von denen, die wir an die gegenwärtige Gesellschaftsordnung, an den gegenwärtigen Staat stellen, eine Forderung übrigens, die keineswegs sozialdemokratischen Ursprungs ist, sondern die wir neben vielen anderen unseres Programms übernommen haben vom Liberalismus der früheren Zeit. Es ist ja wiederholt bei anderen Gelegenheiten auf die Tatsache hingewiesen worden, außerhalb des Hauses und hier, daß unsere Partei eine ganze Reihe ihrer Forderungen entnommen hat früheren liberalen Programmen. Ich weiß nicht, ob das ein Vorwurf sein soll, was überhaupt mit diesem Vorhalt gesagt sein soll. Jedenfalls ist es für den Liberalismus nicht schmeichelhaft, wenn die Sozialdemokratie der gegenwärtigen Zeit eine ganze Reihe von Forderungen liberaler Art übernehmen mußte, weil diese Forderungen vom Liberalismus fallen gelassen worden sind und heute von ihm nicht mehr vertreten werden. Das trifft zum großen Teil auch auf die Wahlrechtsfrage zu. Die sozialdemokratische Partei und diejenigen, die sie vertritt, das sind die breiten Massen der Arbeiter und sonstige freiheitsliebende Staatsbürger, befinden sich in der Beziehung heute in ähnlicher Situation, in der sich das Bürgertum vor 60 Jahren in Deutschland befand, nämlich daß die Arbeiterschaft heute eine große Reihe von Forderungen an die gegenwärtig herrschende Gesellschaftsklasse stellt, die zu der Zeit vor etwa 60 Jahren und weiter zurück gestellt wurden von dem damals in derselben Lage sich befindenden Kleinbürgertum, vertreten durch die liberalen Parteien. Wir können ja übrigens gerade an der Wahlrechtsfrage und ihrer Entwicklung so außerordentlich scharf nachweisen und feststellen, wie diese rückläufige Entwicklung der Wahlrechtsfrage identisch ist mit der rückläufigen Entwicklung des Liberalismus.

Die sozialdemokratische Partei ist keineswegs der Meinung, daß die gegenwärtigen Verhältnisse von heute auf morgen umgewälzt und umgestürzt werden können; sie sieht vielmehr auf Grund wissenschaftlicher Kenntnis und Auffassung auch die gegenwärtige Gesellschaftsordnung als eine naturnotwendige Erscheinung, als ein naturnotwendiges Produkt der Entwicklung an. Wir können nicht über diese Gesellschaftsordnung hinwegspringen, wir müssen durch sie hierdurch, und dementsprechend richten wir unser Verhalten ein, indem wir in unser Programm eine ganze Reihe von